

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 845 ppbn d

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns analysiert die Bonner UNO-Politik: Ein Stiefkind parlamentarischer Kontrolle.

Seite 1

Wolfgang Biermann weist den Versuch zurück, Sozialdemokraten zu vereinnahmen: Gemeinsam für den Frieden, aber ohne Tricks.

Seite 4

Dr. Peter-Paul Gantzer MdL verurteilt das Auskunftsbegehren über österreichische Atomkraft-Gegner: Verfassungsrechtlicher Abgrund.

Seite 5

Dokumentation

Die gemeinsame Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion im Bundestag und des Clubs der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei im Sejm haben vorgeschlagen, einen „Europäischen Rat für Vertrauensbildung“ zu schaffen. Wortlaut

Seite 6

41. Jahrgang / 125

7. Juli 1986

Die Bonner UNO-Politik - ein Stiefkind parlamentarischer Kontrolle

Feststellungen aus Anlaß des Besuchs von Perez de Cuellar

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Perez de Cuellar, besucht vom 9. bis 11. Juli 1986 die Bundesrepublik. Dieser Besuch sollte Anlaß sein, die UNO-Politik der Bundesrepublik ins Blickfeld zu rücken. Als die Bundesrepublik Deutschland 1973 (zusammen mit der DDR) Mitglied der Vereinten Nationen wurde, war von einer „neuen Dimension“ bundesdeutscher Außenpolitik die Rede. Der Bundestag wollte die UNO-Politik kritisch begleiten. In der bundesdeutschen Wissenschaft hoffte man auf interessante Anstöße für vertiefende Analysen zum Wirken und zur Wirkung internationaler Organisationen. Was ist daraus geworden?

Um es vorweg zu sagen: Die UNO-Politik gehört zu dem Bereich der Außenpolitik, der weder parlamentarisch eine Rolle spielt, noch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Es handelt sich also um eine Politik der Exekutive ohne parlamentarische Diskussion und damit Kontrolle. Dies mag für die Regierung vielleicht recht angenehm sein, in einer parlamentarischen Demokratie jedoch sehr ungewöhnlich, zumal es immer wieder Punkte in der UNO-Politik gibt, die der Diskussion und Klärung bedürfen.

Der UNO-Generalsekretär kommt zu einer Zeit in das UNO-Mitgliedsland Bundesrepublik, in der auf der Tagesordnung der Weltorganisation folgende Probleme stehen:

- Nach der politischen Dekolonisierung geht es jetzt um die ökonomische Dekolonisierung. Die Diskussion konzentriert sich ordnungspolitisch auf die „neue Weltwirtschaftsordnung“. Materiell geht es um die Multilateralisierung der Entwicklungshilfe.
- Es geht um die friedliche Lösung beziehungsweise Regelung von Konflikten sowohl im Nahen Osten wie in Afghanistan und Kambodscha.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwert und Versand.

Presseübertragung
mit ermäßigtem Rabatzen
Kreuzige Preise



- Das Apartheid-System von Südafrika wird als eine Bedrohung des Weltfriedens angesehen.
- Trotz völkerrechtlicher Normen (Menschenrechtspakte von 1966) werden die Menschenrechte mit Füßen getreten.
- Die internationale Sicherheit verlangt von den Mitgliedstaaten verstärkte Bemühungen um Abrüstung. Die UNO hat ihre Aktivitäten von Jahr zu Jahr verstärkt, um den Grundsatz weltweit populär zu machen: Frieden schaffen mit immer weniger Waffen!

Konfrontiert man diese Herausforderungen mit dem Verhalten der Bundesregierung in den Vereinten Nationen, so wird folgendes erkennbar: Obgleich der Bundesaußenminister zurecht darauf hinweist, daß das zentrale Thema der Vereinten Nationen die „Vernichtung von Krieg“ sei, und zwar eines jeden Krieges, nicht nur eines atomaren, sondern auch eines konventionellen Krieges, scheint dies nicht das Hauptthema bundesdeutscher Aktivitäten bei den Vereinten Nationen zu sein. Es fällt etwas schwer zu sagen, worin denn das Profil bundesdeutscher UNO-Politik besteht. Denn zu sehr versteckt sich die bundesdeutsche Delegation hinter der Auffassung der EG-Staaten. Ein eigenes Profil ist nicht erkennbar.

Erkennbar ist statt dessen etwas anderes. Die Bundesrepublik gehört zu den wenigen Staaten, die offenbar die UNO nicht für ihre Politik nutzen können. Dies kommt etwa im Abstimmungsverhalten zum Ausdruck. Denn dieses Verhalten zeigt an, inwieweit ein Mitgliedstaat der UNO im mainstream der Weltmeinung liegt. Festzustellen ist, daß viele Resolutionen gegen die Bundesrepublik verabschiedet werden oder ohne sie. So mußte die Bundesrepublik bei der Jubiläumsgeneralversammlung von 1985 in ihrem Abstimmungsverhalten in rund 68 Prozent von der Mehrheit abweichen (die Abweichquote der Bundesrepublik ist demnach mehr als doppelt so hoch wie bei der DDR).

Die Art, wie in den Vereinten Nationen Probleme diskutiert werden, führte 1985 beispielsweise dazu, daß die Bundesrepublik in Menschenrechtsfragen bei 15 strittigen Resolutionen in zehn Fällen von der Mehrheit abweichen mußte. Bei keinem der Hauptprobleme, mit denen es die Vereinten Nationen zu tun haben, vertritt die Bundesrepublik einen Mehrheitsansatz. Es konnte nicht verhindert werden, daß die Bundesrepublik in ihrer Mitgliedschaft mehrfach namentlich negativ erwähnt wurde, etwa in Resolutionen, die Staaten wegen ihrer „Kollaboration“ mit Südafrika anklagten, oder bei Aufforderungen, sich an der Diskussion einer neuen Weltwirtschaftsordnung zu beteiligen (Grundlage dieser Diskussion ist die Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten aus dem Jahre 1974; die Bundesrepublik gehört bekanntlich zu den wenigen Industriestaaten, die dieser Charta nicht zugestimmt haben).

Positiv ist zu vermerken, daß die Bundesrepublik unermüdlich ihre Vorstellungen über vertrauensbildende Maßnahmen zu einem weltweiten Ansatz machen will. Positiv ist auch, daß die Bundesrepublik initiativ geworden ist gegen das Elend von Flüchtlingen, das zu einem weltweiten Problem geworden ist. Zu würdigen ist auch, daß die Bundesregierung der amerikanischen UNO-Politik nicht folgt, die offenbar darin besteht, der UNO die Unterstützung zu versagen. Nicht zuletzt ist positiv zu vermerken, daß die jetzige Bundesregierung, die als CDU/CSU-Opposition 1972/73 gegen den UNO-Beitritt mehrheitlich gestimmt hat, heute die UNO-Politik der sozialliberalen Koalition bruchlos fortsetzt.



Ein Versprechen haben alle Bundesregierungen seit dem Beitritt der Bundesrepublik gehalten. Willy Brandt hatte als Bundeskanzler 1973 vor der UNO erklärt: „Wir sind nicht hierher gekommen, die Vereinten Nationen als Klagemauer für die deutschen Probleme zu betrachten, oder um Forderungen zu stellen, die hier ohnehin nicht erfüllt werden können.“ Die „deutsche Frage“ ist bisher nicht Gegenstand der Vereinten Nationen geworden. Sie erscheint reduziert als „Deutschstunde“ jedes Jahr in der sogenannten Generaldebatte, in der die beiden deutschen Außenminister ihre jeweils gegensätzlichen Standpunkte zur deutschen Frage weltweit zu Protokoll geben. Dabei sollte es bleiben!

Es ist nicht die Schuld der Regierung, wenn der deutsche Bundestag sich mit einer wichtigen Dimension bundesdeutscher Außenpolitik nicht befaßt. Anlässe und Gründe gibt es genug. Anläufe gab es auch bereits, etwa in der SPD-Bundestagsfraktion. Es blieb jedoch bei diesen Anläufen. Zunächst müßte eine Bestandsaufnahme der UNO-Politik der Bundesregierung erfolgen (Konzeption, Absichten, Abstimmungsverhalten und ähnliches). Dies könnte im Herbst zeitgleich mit der Generalversammlung stattfinden. Inhaltlich geht es um folgende Punkte:

- Unterstützung der Entwicklungsländer (die in der UNO eine Zweidrittel-Mehrheit stellen) bei ihren Versuchen, sich von der kolonialen Vergangenheit auch ökonomisch zu lösen.
- Initiativen zur weltweiten Abrüstung (die über vertrauensbildende Maßnahmen hinausgehen).
- Verknüpfung von Abrüstung und Entwicklung.
- Beiträge für friedliche Streitbeilegung.

Nicht zuletzt:

- Initiativen für gemeinsame beziehungsweise parallele Vorhaben der beiden deutschen Staaten im UNO-System.

Die UNO, die nunmehr über 40 Jahre alt ist, steht vor der Notwendigkeit, sich zu reformieren. Der Reformbedarf ist von den meisten Mitgliedstaaten anerkannt. Die Bundesrepublik sollte sich als Mitglied an den Reformüberlegungen beteiligen und sich den Versuchen der USA widersetzen, die UNO durch Austritt zu bestrafen.

(-/7.7.1986/rs/ks)

* * *

Gemeinsam für den Frieden, aber bitte ohne Tricks

Zu einem Versuch, Sozialdemokraten zu vereinnahmen

Von Wolfgang Biermann

Sprecher der Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS)

Am 15. und 19. Oktober findet in Kopenhagen ein Weltfriedens-Kongreß statt, der im wesentlichen von Organisationen des Weltfriedensrates vorbereitet und durchgeführt wird. Niemand sollte etwas dagegen haben, daß ein solcher Kongreß stattfindet. Aktivitäten für Frieden und Abrüstung sind immer gut, vorausgesetzt, die Veranstaltung ist glaubwürdig und setzt sich ein für die Beendigung des Wettrüstens und die Unterstützung des Friedensengagements aller Menschen in Ost und West. Ob der Kongreß in Kopenhagen dies uneingeschränkt tun wird, kann man zur Zeit noch nicht beurteilen.

Aber Friedenskongresse sollten frei sein von parteipolitischen oder machtpolitischen Mätzchen, besonders wenn sie im UNO-Jahr des Friedens stattfinden.

Erst wurde ein Vorbereitungskomitee gebildet und die erste Phase der Vorbereitungen des Kongresses abgeschlossen. Er wurde angemeldet und angekündet. Nach Abschluß dieser „Vorarbeiten“ trat man an die dänische Sozialdemokratie heran, ob sie sich beteiligen wollte. Es war von vornherein zu erwarten, daß sich die Dänische Sozialdemokratische Partei nicht dafür hergeben wird, im Nachhinein als Mitveranstalter eines vom Weltfriedensrat vorbereiteten Kongresses zu beteiligen. Das sah schon sehr nach krampfhafter Bündnispolitik der 50er Jahre aus und nicht nach einem pluralistischen Kongreß, an dem alle Beteiligten von Anfang an die Bedingungen, die Form und den Inhalt einer Friedensveranstaltung entwickeln. Jeder politisch denkende Mensch sollte wissen, daß sich Sozialdemokraten nicht als Staffage für die Veranstaltungen anderer politischen Strömungen hergeben, zumal, wenn sie eine moskauorientierte Schlagseite haben.

Als dies nicht klappte, griff man zur plumpen Manipulation, offensichtlich, um die dänischen Sozialdemokraten und die Öffentlichkeit in Dänemark an der Nase herumzuführen: am 15. April 1986 berichtete „Land og Folk“ unter der Überschrift „Die SPD steht hinter den westdeutschen Vorbereitungen“ über ein angeblich von der SPD organisiertes und finanziertes Vorbereitungsbüro in Bonn. Diese Meldung war erstunken und erlogen, und nur durch Zufall erfuhr das Westdeutsche Büro von dieser dreisten Falschbehauptung. Da man in Bonn nicht wußte, daß „Land og Folk“ eine kommunistische Tageszeitung ist, tipten die Leute von der Friedensbewegung in dem Büro auf die Manipulation einer rechtsorientierten Zeitung. Inzwischen protestierte das Informationsbüro für das UNO-Friedensjahr bei den Kopenhagener Veranstaltern, und die Behauptung wurde in „Land og Folk“ am 17. Juni 1986 in einem Artikel von Henrik Brandt zurückgenommen.

Dennoch bleibt der üble Nachgeschmack, daß die SPD vor den Karren gespannt werden sollte, mit dem man die dänische Sozialdemokratie unter Druck setzen wollte. Es ist aber nicht nur falsch, daß die SPD hinter dem „Unabhängigen-Informationsbüro“ steht, falsch ist auch die Behauptung, daß das Informationsbüro den Kongreß in Kopenhagen mit vorbereitet. Es war lediglich ein Beobachter des Büros bei einem Treffen in Kopenhagen anwesend - um zu beobachten. Voraussetzung für eine Beteiligung aus der unabhängigen westdeutschen Friedensbewegung ist nämlich die Bedingung, daß auch die unabhängigen Friedensgruppen aus Osteuropa an einem solchen Kongreß teilnehmen können. Denn wenn schon Organisationen des Weltfriedensrates einen Kongreß ausrichten, sollten sie ihre guten Kontakte zu den osteuropäischen Regierungen auch dafür nutzen, daß Vertreter der vielgeschmähten Unabhängigen Friedensgruppen aus diesen Ländern teilnehmen können. Davon ist aber bis heute nichts bekannt.

Fazit: Der Kongreß in Kopenhagen sollte sich nicht mit falschen Federn der Sozialdemokratie schmücken, die sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa diskutieren in der Regel mit jedem Friedensbewegten, aber lassen sich nicht als Aushängeschild mißbrauchen. Das Gebot der Stunde ist, alles für die Erhaltung des Friedens zu tun, Sozialdemokraten sind für ihr Friedensengagement bekannt. Die Sozialdemokraten sind aber keine Schafherde, die der Führung des Friedenskampfes durch ausgebuffte Friedensfunktionäre anderer Parteien bedürfte.

(-/7.7.1986/rs/ks)



Verfassungsrechtlicher Abgrund

Das Auskunftsverlangen über österreichische WAA-Gegner ist ohne Rechtsgrundlage

Von Dr. Peter-Paul Gantzer MdL
Mitglied des Sicherheitsausschusses des Bayerischen Landtages

Die Bitte einer „bundesdeutschen Behörde“ um Informationen über österreichische WAA-Gegner, wie sie am 17. Juni an das österreichische Innenministerium herangetragen wurde, ist ein ausgemachter Skandal, da ein solcher Wunsch jeglicher Rechtsgrundlage entbehrt. Nachdem es sich hierbei offensichtlich um eine bayerische Behörde handelt - genannt werden die Staatsschutzabteilung im bayerischen Innenministerium und das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz - muß sich der Bayerische Landtag mit diesem Thema beschäftigen.

Wie bekannt, hatte sich eine „bundesdeutsche Sicherheitsbehörde“ an eine „untergeordnete Abteilung“ im Innenministerium in Wien gewandt, um Erkenntnisse zu erhalten, welche österreichischen WAA-Gegner mit welchen Verkehrsmitteln am 28. Juni nach Bayern zu den Anti-WAA-Demonstrationen einzureisen gedachten. Österreichs Innenminister Biecha hatte diese Datensammlung gestoppt, als sie ihm bekannt geworden war. Offensichtlich sind die bis dahin gesammelten Daten auch nicht weitergegeben worden. Ein fragwürdiges Rechtsverständnis ist dem bayerischen Innenministerium zu bescheinigen, das einen solchen Vorgang als selbstverständlich bezeichnet und es irrelevant nennt, welche bayerische Behörde hier nachfragte.

Wir werden diesen Vorfall nicht auf sich beruhen lassen. In einem Brief an den Vorsitzenden des Sicherheitsausschusses im Landtag, Dr. Beckstein (CSU), habe ich verlangt, dieses Thema auf die nächste Sitzung des Sicherheitsausschusses zu setzen. Zur Begründung habe ich Dr. Beckstein geschrieben:

„Allmählich hat man das Gefühl, daß das Innenministerium in Bayern ins Trudeln gerät. Denn anders kann man es nicht mehr bezeichnen, wenn das Bayerische Staatsministerium des Innern ein ausländisches Innenministerium um Erkenntnisse über Demonstranten angeht. Auslandsaufklärung ist immer noch Bundessache. Das bayerische Innenministerium beginnt jetzt wirklich, über alle Stränge und Grenzen zu schlagen. Die Art und Weise, mit der unser Nachbarstaat Österreich behandelt wird und wie es sich auch wieder aus dieser Sicherheitsanfrage ergibt, ist nicht mehr hinnehmbar. Hier wird sowohl das bayerische wie das deutsche Ansehen geschädigt.“

Weiter heißt es in meinem Brief: „Ich bitte Sie daher, diesen Fall auf die Tagesordnung des nächsten Sicherheitsausschusses zu setzen unter Zugrundelegung vor allem der folgenden Fragen:

1. Welche bayerische Behörde hat beim Innenministerium in Wien Auskünfte über österreichische WAA-Gegner erhalten wollen?
2. Auf welche Rechtsgrundlage gründet sich dieses Auskunftsverlangen?
3. Wer hat die Anweisung zu dem Auskunftsverlangen gegeben?

Ich weise darauf hin, daß für ein solches Auskunftsverlangen weder im Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz noch im Polizeiaufgabengesetz eine Rechtsgrundlage zu finden ist. Solche Geheimdienstaktionen führen das Innenministerium und damit den Freistaat Bayern an einen verfassungsrechtlichen Abgrund, der mit keinem politischen Argument mehr zu rechtfertigen ist.“

(-7.7.1986/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

SPD und PVAP für einen „Europäischen Rat für Vertrauensbildung“

Die gemeinsame Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und des Clubs der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei (PVAP) über die Bildung vertrauensbildender Maßnahmen in Europa traf sich unter Leitung von Professor Dr. Horst Ehmke, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, und Ryszard Wojna, stellvertretender Vorsitzender des Clubs der PVAP im Sejm, am Wochenende zu ihrem sechsten Treffen in Bonn. Am Montag wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht.

„Die 1984 von den Führungen der SPD-Bundestagsfraktion und des Abgeordnetencubs der PVAP eingesetzte Arbeitsgruppe hat am 25. November 1985 eine Gemeinsame Erklärung zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch Maßnahmen der gegenseitigen Vertrauensbildung veröffentlicht. Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben die Bedeutung dieser Erklärung unterstrichen.

Die Gruppe hat inzwischen ihre Arbeit fortgesetzt. Die Führungen beider Parteien hatten sie beauftragt, vertrauensbildende Verfahren zur Vermeidung und zum Abbau von Spannungen in Europa auszuarbeiten.

Die Gruppe ist überzeugt, daß zur gemeinsamen Festigung von Sicherheit und Frieden vor allem solche politische Maßnahmen entwickelt werden sollten, die geeignet wären, der Entstehung von Krisen vorzubeugen. Die Gruppe versucht daher Maßnahmen vorzuschlagen, die geeignet wären, Verständigung, Dialog und Entspannung zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten weiter zu fördern und Vertrauen dauerhaft gemeinsam zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang beschäftigt sich die Gruppe mit der Ausarbeitung eines Vorschlages, im Rahmen des KSZE-Prozesses einen Europäischen Rat für Vertrauensbildung zu berufen.

Dieser Rat sollte allen KSZE-Teilnehmerstaaten offenstehen, auf hoher politischer Ebene regelmässig zusammentreten und über aktuelle, die Sicherheit Europas betreffende Probleme einen regelmässigen Gedankenaustausch führen. Der Rat könnte Regionalgruppen oder sonstige Untergruppen bilden.

Der Vorsitz könnte wechselseitig von allen Teilnehmern des Rats ausgeübt werden. Um propagandistischen Mißbrauch der Beratungen des Rats zu vermeiden, sollten diese grundsätzlich vertraulich geführt werden.

Der Rat sollte sich vor allem von den Prinzipien, Bestimmungen und Prozeduren der KSZE-Dokumente leiten lassen und unter anderem Maßnahmen der Vertrauensbildung konkretisieren und fortentwickeln.

Ein Verfahren sollte entwickelt werden, um im Falle einer Krise in Europa den Rat auch außerhalb seiner regelmässigen Treffen automatisch einberufen zu können.

Die Arbeitsgruppe wird sich weiter mit der Präzisierung dieses Vorschlages befassen.

Sie ist der Meinung, daß die Bildung eines solchen Gremiums den KSZE-Prozeß fördern würde.

(-/7.7.1986/rs/ks)

* * *